

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Es sprach zu uns der Minister für Inneres und Kommunales.

(Zuruf von Minister Ralf Jäger)

– Wie gewünscht, Herr Minister.

(Zurufe von den PIRATEN: Und Europa!)

– Nein, das muss ich hier niemandem erklären. Für Europa ist Ministerin Dr. Schwall-Düren zuständig. Manche lernen im Hohen Haus noch etwas.

(Zurufe von den PIRATEN)

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Erstens: Entgegen dem Ausdruck in der Tagesordnung soll über den **Antrag Drucksache 16/3245** direkt abgestimmt werden. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Die Fraktion der Piraten. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne, CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen im Hohen Hause? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag mit überwiegender Mehrheit **abgelehnt**.

Wir kommen zweitens zur Entscheidung über den **Entschließungsantrag Drucksache 16/3325**. Wer stimmt diesem Antrag zu? – SPD, Grüne, CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktion der Piraten. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Entschließungsantrag mit breiter Mehrheit im Hohen Hause **angenommen**.

Wir kommen zu:

9 Personaleinsatzmanagement für den internen Arbeitsmarkt wiederbeleben – Beschäftigte sinnvoll einsetzen und Veränderungsprozesse gestalten

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2625

Für die Fraktion der Freidemokraten spricht Herr Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben in dieser Plenarwoche im Landtag verschiedentlich über Planstellen, über Haushaltsfragen, über Personalanpassungsprozesse und auch über die Frage gesprochen, wie viel Personal sich das Land bei welchen Tarifierhöhungen erlauben kann. Es ist in dem Zusammenhang viel über die Arbeitsbedingungen – Fragen von Arbeitsverdichtung – bei der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben diskutiert worden.

Genau an diesem Punkt hat es in der 14. Legislaturperiode in diesem Landtag mit dem Personaleinsatzmanagement einen sehr guten Ansatz von CDU und FDP gegeben; denn bei 286.000 Planstellen und aufgrund der Teilzeitquote noch mehr dahinter

stehenden Köpfen im öffentlichen Dienst macht es Sinn, die Anforderungen sehr professionell in den Blick zu nehmen – die Stellensituation und die Frage, wie sich durch Aufgabenänderungen Bedarfe ändern – und genau zu überprüfen, an welchen Stellen man, wenn sich die Bedarfssituationen zukünftig anders darstellen, vorhandene Kompetenzen für andere Landesaufgaben weiterverwenden kann, bevor man dort mit viel Aufwand – vielleicht auch extern – neue sucht.

Dieses professionelle Management des internen Arbeitsmarktes des Landes hat man bei PEM immer in den Blick genommen. Aufgrund der allgemeinen Befristung in der Konstruktion, wie wir sie bei den allermeisten Gesetzesvorhaben haben, ist PEM ausgelaufen. Vonseiten der Landesregierung hat es keine Fortführung in der bisherigen Form gegeben.

Dabei gab es, als es zu Strukturänderungen im öffentlichen Bereich kam, viele Vermittlungserfolge, wodurch eine Vielzahl von Beschäftigten wertvolle Anschlussperspektiven in anderen Institutionen des Landes erhielt. Es hat in den letzten Jahren eine Reihe von unterschiedlichen Einsatzfeldern gegeben, und das alles, ohne dass es an irgendeiner Stelle zu nennenswerten Problemen gekommen wäre. Die Behörde PEM hat also ihren Auftrag in den letzten Jahren erfolgreich erledigt.

Dabei ging es nicht nur um quantitative Fragen, also darum, wo irgendwelche Stellen zu besetzen waren und in welchen Bereichen es aufgrund von Aufgabenänderungen Abbaumöglichkeiten gab, sondern es haben insbesondere auch qualitative Aspekte eine Rolle gespielt. Vonseiten des PEM ist ausdrücklich eine Vielzahl von Überlegungen angestellt worden, wie man als Land der Qualifizierungsverantwortung für bestimmte Beschäftigtengruppen nachkommt, wenn sich neue Einsatzgebiete ergeben.

Damit wurde ganz ausdrücklich auch eine Brücke zum externen Arbeitsmarkt geschlagen, und zwar in all den Feldern, in denen sich durch Aufgabenänderungen die Bedarfssituationen in der Folgezeit anders dargestellt haben und angestammte Verwendungen nicht mehr auf Dauer fortgesetzt werden konnten. Es fanden auch externe Vermittlungen statt, damit den bisher beim Land Beschäftigten neue Perspektiven gegeben werden konnten.

Wir halten es, wenn wir uns anschauen, welche Anforderungen zukünftig auf das Land zukommen, für einen sinnvollen Ansatz, dass wir über die Instrumente eines solchen Kompetenzzentrums weiter verfügen. Wir haben in den letzten Wochen sehr intensiv über eine wichtige Aufgabe diskutiert, bei der das Land ebenfalls als Eigentümer in der Verantwortung steht. Es gibt mehrere Tausend Beschäftigte bei der Portigon AG. Selbst die Gewerkschaften räumen ein, dass rund ein Viertel der Beschäftigten dort nicht voll ausgelastet ist. Und wir brauchen Anschlussperspektiven für diejenigen, für die das Land

ohnehin in der Verantwortung steht, bei denen auch Gehaltsansprüche und Beschäftigungsansprüche vorhanden sind. Da macht es allemal Sinn, in Qualifizierung, in Konzepten zu investieren, wie man für andere Aufgaben im Landesinteresse Vermittlungen anstreben kann, statt dass man diese Herausforderungen viel zu lange ignoriert und irgendwann dann mit sehr aufwendigen Abfindungsangeboten operieren muss, wenn dann doch Stellenanpassungen anstehen, wie wir das hier in den letzten Wochen erlebt haben.

Wir werben deshalb als FDP dafür, das erfolgreich arbeitende PEM fortzuführen, die Strukturen dort wieder zu beleben, die Instrumente zu nutzen. Das ist im Interesse eines sinnvollen Personalmanagements für den Steuerzahler, für das Land das Beste. Es liegt insbesondere im Interesse der Betroffenen, wenn Qualifikation optimal zum Einsatz kommt. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Witzel. – Für die SPD-Fraktion hat das Wort Herr Kollege Hahnen.

Uli Hahnen (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Rest des noch vorhandenen Landesamtes für Personaleinsatzmanagement geht über in das neue Landesamt für Finanzen. Das dürfte aus den bisherigen Beratungen auch den Kolleginnen und Kollegen der FDP bekannt sein.

Ich habe Respekt vor Ihrem Antrag, Respekt deshalb, weil es der Antrag schafft, mit wirklich schönen Worten zu verkleistern, dass Sie den Kolleginnen und Kollegen im Parlament, aber auch in der Öffentlichkeit Sand in die Augen streuen wollen und von den wirklichen Zielen, die Sie verfolgen, ablenken wollen.

Ihr Ansatz, Herr Kollege Witzel, dass Sie mit dem Personaleinsatzmanagement den internen Arbeitsmarkt wieder beleben wollen, Beschäftigte sinnvoll effektiv einsetzen wollen, um Veränderungsprozesse neu zu gestalten – das hört sich im Prinzip gut an. Tatsächlich ist das eine Verklausulierung der Realität. Sie wollen mit der Reaktivierung, der Wiederbelebung von PEM Stellen streichen.

Wir haben in dieser Woche, zum Teil sogar an einem Tag mehrfach diskutiert, dass das Ihr wirkliches Ziel ist. Sie wollen Stellen streichen. Sie wollen keine Qualifizierung. Sie wollen schon gar kein Personalmanagement.

Ein geeignetes Mittel zur strukturellen Haushaltskonsolidierung war PEM übrigens auch nicht, wie Sie immer wieder behaupten. Was ist tatsächlich passiert? Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in den Ruhestand gegangen. Die Personalkosten

sind runtergegangen. Die Pensionslasten sind raufgegangen, und die Arbeitsverdichtung in den jeweiligen Dienststellen hat enorm zugenommen. Eine strukturelle Verbesserung für den Landeshaushalt hat das nicht gebracht.

(Ralf Witzel [FDP]: Die Schulverwaltungsassistenten waren ein tolles Instrument!)

Ich nenne Ihnen einmal ein Beispiel aus der Finanzverwaltung. Da komme ich ursprünglich her, nur damit Sie das wissen. Da sind hoch qualifizierte Leute, zum Teil Dreißigjährige, in den vorzeitigen Ruhestand gegangen. Sie bekommen volle Pensionen, die bis dahin erwirtschaftet worden sind. Diese Finanzämter sind ausgeblutet. Es gibt eine Flut von Arbeit, die in den einzelnen Finanzämtern ansteht, die den vorhandenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern keine wirkliche Freude mehr macht, die versuchen, der Arbeitsverdichtung irgendwo entgegenzutreten.

Das, was Personaleinsatzmanagement gemacht hat, war Stellenabbau und das Schaffen zusätzlicher Kosten im Bereich der Versorgungslasten. Wenn das so weitergehen sollte, wie das in der Zeit von 2005 bis 2010 unter Schwarz-Gelb gelaufen ist, dann – das sage ich Ihnen – wird das einen rigiden weiteren Personalabbau mit sich bringen, dass all das, was wir als Ihre Alternative zur 1:1-Gehaltsübertragung auf alle Beamten diskutieren, die Zahl eines fünfstelligen Bereiches deutlich überschreiten wird. Wir werden deutlich mehr Leute haben, weil der Frust der Arbeitsverdichtung in den einzelnen Dienststellen angekommen ist.

Das, was Sie mit PEM geschafft haben, ist, Sand in die Augen zu streuen, mehr war nicht. Wiederbelebung jetzt zu fordern, ist absurd. Abgewählt sind Sie schon. Insofern hat mindestens der Wähler schon entschieden. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Hahnen. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Möbius.

Christian Möbius (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn Kollege Hahnen gerade vom Frust der Beschäftigten spricht, dann überlegen Sie sich einmal, was Sie gerade bei der Umsetzung des Tarifergebnisses für einen Frust bei den Beamten hervorrufen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Da brauchen Sie nicht abzuwinken. Das sind auch Ihre ehemaligen Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern, Herr Kollege Hahnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Personaleinsatzmanagement ist eine sinnvolle Institution. Ein Arbeitgeber mit über 330.000 Beschäftigten kann

auf dieses Instrument nicht verzichten. Deshalb war es richtig und wichtig, dass wir 2007 das Landesamt für Personaleinsatzmanagement gegründet haben. Nur dadurch konnte zum Beispiel das Projekt Schulverwaltungsassistenz angestoßen werden. Die Beschäftigten haben es sehr gut aufgenommen. Gleichzeitig konnten Strukturen positiv verändert werden.

Es ist ein Fehler der jetzigen Landesregierung, dieses Landesamt für Personaleinsatzmanagement aufzulösen. Es ist ein fortwährender Fehler der jetzigen Landesregierung, sich Strukturveränderungen im Personalbereich zu verweigern. Weil das so ist, kann die Landesregierung ihre Beamtinnen und Beamten nicht mehr angemessen bezahlen. Sie begeht lieber Wortbruch gegenüber den Beamtinnen und Beamten.

Ministerpräsidentin Kraft hat sich festgelegt: entweder Kürzung bei der Besoldung oder Stellenabbau. Das ist aber schlichtweg falsch. Die Beamtinnen und Beamten haben einen Anspruch auf eine angemessene Besoldung. Es gibt hier keine Wahlmöglichkeit für die Landesregierung.

Daher führt an Strukturveränderungen kein Weg vorbei. Wir haben im Zuge der Haushaltsberatungen konkrete Vorschläge gemacht. Wir haben inzwischen auch entsprechende Fachanträge in die parlamentarischen Beratungen eingebracht.

Schulverwaltungsassistenten – das sind übrigens keine Minijobber, wie die Kollegin Gebhard es heute Morgen falsch dargestellt hat –, Polizeiverwaltungsassistenten, Veränderungen beim Arbeitsschutz, Einführung einer Demografiequote etc. Die Regierungsfaktionen haben alle unsere Vorschläge abgelehnt. Wir haben Ihnen sogar konkrete Vorschläge für das Portigon-Personal vorgelegt, die Sie auch nicht aufgreifen. Zur Bewältigung der Herausforderungen bei der Portigon wäre ein Landesamt für Personaleinsatzmanagement genau die richtige Anlaufstelle gewesen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Auch bei den aktuellen Problemen des Landesamts für Besoldung und Versorgung, die ausstehenden Gehaltszahlungen an die studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte an den Universitäten zu leisten und die aufgelaufenen Fälle zügig abzuarbeiten, zeigt sich die Wichtigkeit eines landesweit flexiblen Personaleinsatzes, um beispielsweise Spitzen abzufangen. Sie verweigern das.

Ich wage aber heute schon die Prognose, dass Sie früher oder später nicht um Strukturveränderungen beim Personal umhinkommen. Ignorieren Sie nicht weiter die Bedarfe des Landes! Handeln Sie endlich, und sorgen Sie für strukturelle Veränderungen!

Wir freuen uns auf die weiteren Beratungen im Ausschuss. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Möbius. – Für die grüne Fraktion hat Herr Mostofizadeh das Wort.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt reden wir, glaube ich, zum dritten Mal in dieser Plenarrunde über das Thema „Personal“ und über die Auswertung der Veranstaltung vor zwei Tagen. Ich bin mir nicht ganz sicher, was Sie mit diesem Thema bezwecken. Das LPEM ist aufgelöst worden. Als der Minister das im Ausschuss vorgetragen hat, haben Sie nicht aufgeschrien; es gab kein Theater. So richtig aufregen kann ich mich über den Antrag nicht; er wird schlichtweg nicht zum Erfolg führen. Deswegen ist mir unklar, was die Aktion soll.

Vielleicht ein paar Richtigstellungen in Richtung Herrn Möbius: Ich habe mir Ihren Antrag mal vorgenommen. Das Problem ist, Sie sparen auf der einen Seite volle Polizeistellen, Polizeistellenäquivalente, in der Größenordnung von gut 50.000 € ein und setzen in etwa 5.000 € dagegen – das ist die Minijobber-Größe – für einen Verwaltungsassistenten im Bereich der Polizei. Das Gleiche gilt für die Schule.

Deswegen kommt man zu folgender Rechnung: Wenn man 5.000 durch zwölf teilt, ist man bei etwas mehr als 400 €, der Größenordnung von Minijobbern. Sie müssten mir schon erklären, was an dieser Berechnung falsch ist, oder Sie müssten Ihren Antrag umstricken. Es kann ja passieren, sich mit den Zahlen zu vertun. Aber so, wie es im Antrag steht, trifft das, was die Kollegin von der SPD gesagt hat, zu.

Nach vorne: Wir müssen eine landesweite Koordination der freien Stellen hinbekommen; das ist selbstverständlich. Dazu wird der Minister sicher gleich noch Stellung nehmen. Soweit ich weiß, ist das jetzt schon möglich und notwendig.

Die Führung des LPEM war eine gute und hat am Ende des Tages etwas völlig anderes gemacht, als am Anfang vorgesehen war. Am Anfang stand nämlich die Absicht von Finanzminister Linssen, mehrere Tausend Stellen im Landesdienst einzusparen und die Betroffenen möglichst schnell über das LPEM, in meinen Worten ausgedrückt, „abzuservieren“. Dieses Konzept hat man – das will ich zugeben – im Laufe der Zeit etwas verbessert. Man hat etwa auch Schulungsmaßnahmen vorgesehen. Aber Ziel des LPEM war es, gutes und qualifiziertes Personal aus der Landesverwaltung zu entfernen. Insbesondere im Bereich der Steuerverwaltung ist das in hohem Maße geschehen. Das beklagen Sie jetzt wieder und weinen an anderer Stelle Krokodilstränen.

Im Alter von 55 oder 58 Jahren sind gutqualifizierte Leute, zum Beispiel aus der Betriebsprüfung, weggegangen. Sie sind nicht schlafen gegangen, son-

dem oftmals in den Steuerberaterbereich oder andere Bereiche gegangen. Auf jeden Fall sind sie dem Land als qualifiziertes Personal verloren gegangen. Das halte ich für eine völlig falsche Zielsetzung. Das sollte nicht Ziel eines Landesamtes PEM oder welcher Konstruktion auch immer sein.

(Beifall von Reiner Priggen [GRÜNE])

Ich komme zu einem zweiten Punkt Ihres Antrags, den ich richtig finde und den wir in Ruhe diskutieren können, der aber mit dem Antrag nicht viel zu tun hat. Was passiert mit den Leuten, die jetzt bei Portigon beschäftigt sind und auch an anderer Stelle qualifizierte Tätigkeiten übernehmen könnten?

(Ralf Witzel [FDP]: Wichtige Frage!)

– Herr Witzel, darauf sind Sie auch schon gekommen, dass das eine wichtige Frage ist. – Bis zur Entscheidung hat Kollege Papke hier im Landtag noch gesagt: Das mit der WestLB machen wir alles nicht mit; damit haben wir nichts zu tun; wir haben über solche Themen noch gar nicht geredet. Wir dagegen haben schon Jahre vorher darüber gesprochen, was da passieren muss. Sie melden sich immer erst an, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, und meinen dann, den Besserwisser geben zu können.

(Beifall von Reiner Priggen [GRÜNE])

Also nach vorne: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Portigon müssen auch in Zukunft Tätigkeiten wahrnehmen können. Das ist im HFA intensiv diskutiert worden. Ich weiß nicht so recht, was wir letztlich mit diesem Antrag anfangen sollen. Sie fordern die Landesregierung auf, in einem Feld tätig zu werden, in dem sie tätig ist. Das können Sie gerne tun.

Wir werden der Überweisungsempfehlung zustimmen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Für die Piratenfraktion spricht Herr Stein.

Robert Stein (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Liebe Menschen zu Hause über das Internet! Personalmanagement ist definitiv sinnvoll; das haben wir gerade schon gehört. Dagegen stellt sich wohl auch keiner. Es macht einfach Sinn, weil innen schon Know-how vorhanden ist. Die Erfahrung ist da.

Wir haben auch schon konkrete Beispiele gehört. Die Portigon-Mitarbeiter, die vielleicht nicht zu 100 % ausgelastet sind, könnten gut in der Finanzverwaltung eingesetzt werden. Das hat die FDP-Fraktion schon vorgeschlagen, und wir haben das

auch befürwortet. Das entlastet den Haushalt im Idealfall in sinnvoller Weise.

Wir haben eben auch den Vorschlag von Herrn Möbius gehört, den wir ebenfalls unterschreiben können, dass bei einem flexiblen Personaleinsatzmanagement solche Spitzenbelastungen, wie sie im LBV zu dem unglaublichen Debakel geführt haben, hätten abgefangen werden können. NRW ist nun mal eine Riesenunternehmung mit über 300.000 Beschäftigten. Insofern sollten wir uns dieser Aufgabe widmen.

Ich habe das Gefühl, im Endeffekt geht es um einen kleinen Namensstreit. Ob die Behörde „Landesamt für Personaleinsatzmanagement“ oder „Landesamt für Finanzen“ heißt, ist nicht wichtig. In erster Linie muss es getan werden. Bei so einem Namensstreit machen wir jedoch gerne auch noch mit. Herr Schulz hatte mir gegenüber vorhin vorgeschlagen, das Ganze „Jobfregatte NRW“ zu nennen. Das wäre ein dritter Vorschlag in die Runde. Wie gesagt, lassen Sie uns darüber reden.

Der Überweisung in den Ausschuss werden wir natürlich zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Stein. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Dr. Walter-Borjans.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die damalige Landesregierung hat 2007 das Landesamt für Personaleinsatzmanagement gegründet und ihm damals verschiedene Aufgaben übertragen.

Das Wesentliche – das ist hier mehrfach angesprochen worden – war, eine Beschäftigungsgesellschaft ins Leben zu rufen, in die die damals vielen kw-gestellten Stellen der Beschäftigten eingeordnet werden konnten, um auf die verschiedenste Art und Weise den Versuch zu unternehmen, diese Leute erst einmal loszuwerden.

Wenn man sich die Diskussion des heutigen Tages anhört, Herr Witzel, dann stellt man fest, dass Ihnen als CDU- und FDP-Opposition offenbar vorschwebt, diese Gesellschaft auch deshalb fortzusetzen, um eine fünfstellige Zahl von Beschäftigten der Landesverwaltung möglichst auf einen Schlag loszuwerden. Anders ist das, was Sie heute vorgeschlagen haben, nämlich Konsolidierung über den Abbau von Personal zu betreiben, überhaupt nicht zu bewerkstelligen. Das würde Jahre dauern und nicht zu einem Konsolidierungserfolg beitragen.

Es wird immer ein bisschen lustig, wenn man in diesem Zusammenhang wieder das Wort „Portigon“ hört, weil dahinter die etwas blauäugige Vorstellung steht, jetzt könnten wir die Portigon-Beschäftigten auch dort einordnen.

(Zuruf von der CDU)

Dann sei es überhaupt kein Problem, von der Beschäftigungsgesellschaft aus Portigon-Beschäftigte an verschiedenen Stellen einzusetzen, wie zum Beispiel beim LBV, was heute schon angesprochen worden ist. Wir hatten vorher den Vorschlag gehört, sie als Steuerfahnder einzusetzen. Es gab die interessantesten Vorstellungen. Immer, wenn irgendwas irgendwo fehlt, passt Portigon mit seinem Profil ganz genau dahin. Auch mit den dahinterstehenden Gehaltszahlungsverpflichtungen sei das alles kein Problem. Jetzt kommen die Portigon-Beschäftigten auch noch in die Beschäftigungsgesellschaft.

Um daran keinen Zweifel aufkommen zu lassen – das braucht man nicht zu wiederholen –: Der Eigentümer dieses Unternehmens hat den Anspruch, dass diejenigen, die gutes Geld bekommen, dafür auch eine anständige Arbeit leisten. Aber das Sammelsurium an Vorschlägen, das den Eindruck erweckt, es ginge ernsthaft darum, das Thema „Personaleinsatz“ durchdacht zu lösen, ist dafür wirklich nicht geeignet. Ich glaube, jeder, der sich anguckt, wo überall Portigon plötzlich die Lösung sein soll, wird das schnell feststellen.

Es ist so: Sie haben sich wieder einmal die Hülle von etwas genommen, um ein Thema in die Öffentlichkeit zu bringen, das am Ende im Klamauk endet. Ich finde das nicht in Ordnung, weil diese Themen zu ernst sind. Wir sollten ernsthaft gemeinsam daran gehen, sie zu lösen.

Wir haben von vorneherein klargemacht, schon im Koalitionsvertrag während der Koalitionsverhandlungen 2010, dass für uns der Weg einer Beschäftigungsgesellschaft nicht der richtige ist. Wir haben aber genauso deutlich gemacht, dass Elemente des Landesamtes für Personaleinsatzmanagement sinnvoll sind und man sie fortsetzen sollte.

Dazu gehört die Schulverwaltungsassistenz. Dazu gehört die Vorfahrt für Weiterbeschäftigung. Das sind Maßnahmen, zu denen wir nicht einfach blindlings gesagt haben: Das ist von der Vorgängerregierung. Das wollen wir nicht weitermachen. – Das hat gute Ergebnisse erzielt. Deswegen haben wir das Landesamt auch gar nicht abgewickelt, sondern wir haben gesagt: Wir überführen die Bestandteile, die Sinn machen, in das Landesamt für Finanzdienstleistungen, und zwar zusammen mit anderen Dingen, die dort auch hineingehören, wie EPOS oder Kassenwesen. Das sind Maßnahmen, die ein Dienstleistungsspektrum anbieten können, mit denen wir etwas bewegen können.

Wir haben im Übrigen auch nicht die Stellenbörse abgeschafft, sondern wir haben sie auf das umgestellt, wie es heute geht: Es gibt einen zentralen Stellenmarkt des Landes im Internet, in dem auf Einsatzbereiche hingewiesen wird, in denen gesucht wird. Es besteht die Möglichkeit, sich darauf zu melden. Wir haben sichergestellt, dass auch die

Portigon-Beschäftigten genau über diese Möglichkeiten informiert werden.

Die Lücke zwischen dem mit dem Gesetz damals verabschiedeten Auslaufen des PEM-Gesetzes zum 30. Juni und der Einführung des LaFin ist nur entstanden, weil der Anschluss wegen der Neuwahl 2012 nicht direkt stattfinden konnte. Sozusagen als Zwischenlagerung sind das Finanzministerium und andere Bereiche der Landesverwaltung eingestiegen. Jetzt sind wir gerade dabei und haben es zur Ausschussberatung überwiesen, über das LaFin und seine Möglichkeiten zu sprechen. Wir erörtern genau die Dinge, die Sie vorschlagen und die Sinn machen, weitergeführt zu werden, kombiniert mit den Möglichkeiten, die heute schon im Internet bestehen und von den Menschen, die sich um Jobs bemühen und ernsthaft interessiert sind, in Anspruch genommen werden. Insofern ist es richtig, darüber nachzudenken. Aber dieses einfache Motto, das wiederzubeleben, was am 30. Juni ausgefallen ist, ist nicht der richtige Weg. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Minister. – Bleiben Sie bitte am Rednerpult stehen. Es ist eine Kurzintervention angemeldet worden. Jetzt heißt die Kurzintervention schon KI, wie ich gerade gelernt habe. Das finde ich gut.

(Minister Dr. Norbert Walter-Borjans: Es könnte auch künstliche Intelligenz heißen!)

Eine KI dauert insgesamt maximal drei Minuten. 90 Sekunden hat jetzt Herr Witzel Zeit. – Bitte schön, Herr Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Herr Dr. Walter-Borjans, Sie wissen, dass es der FDP-Landtagsfraktion ein sehr ernstes Anliegen ist, zu überlegen, wie man das Personal der Portigon AG vernünftig verwendet. Es ist ein bundesweites Novum, dass sich Gewerkschaften und Betriebsräte unisono öffentlich mit der Kritik so äußern, dass Hunderte von Beschäftigten nicht richtig ausgelastet seien. Üblicherweise hat man eher andere Debatten. Deshalb glauben wir schon, dass man neue und kreative Wege gehen muss.

Weil Sie das ein bisschen karikiert haben: Die Deutsche Steuergewerkschaft sagt, sie verspreche sich von sehr qualifizierten Leuten einen wertvollen Beitrag, den sie zur Verstärkung für Konzern- und Betriebsprüfungen gebrauchen könnte. Das würde die Arbeit der Landesfinanzverwaltung vereinfachen, für mehr Steuergerechtigkeit, vielleicht auch für mehr Steueraufkommen bei ihnen sorgen, wogegen nichts spricht. Genau die Dienstleistungen, die das LBV in der Umstellungsphase brauchen konnte – spezialisierte IT-Kenntnis bei Systemumstellungen, moderne Mandantensysteme, alles das, was Portigon im Internet bewirbt, aufgrund der hohen Kos-

tenstruktur aber am externen Markt keine Kunden bekommt –, hätten bei der SAP-Einführung zum Einsatz kommen können. Deshalb unsere Frage: Warum stellen Sie das immer so kritisch dar, obwohl es doch so viele plausible Anknüpfungen gibt?

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Herr Witzel, ich bin mit Ihnen einer Meinung, dass das ein wichtiges Thema ist. Ich sage auch hier ganz offen: Ich unterstelle Ihnen nicht, dass Sie nicht genauso wie wir – dafür gibt es eine Reihe von Gesprächen, die wir führen – an einer Lösung dieses Themas interessiert sind.

Was ich karriere und was ich an dieser Stelle auch immer wieder zum Thema mache, ist, dass Sie eine Neigung haben, mit Anträgen, Kleinen Anfragen und Bemerkungen gegenüber Medien etwas in einer Weise zu vertreten, die der gemeinsamen Haltung, die wir in Gesprächen einnehmen, nicht entspricht. Ich habe einfach das Problem, dass Sie zwischendrin die Neigung haben, eine schnelle Meldung daraus machen zu wollen, die dem Interesse, das wir eigentlich gemeinsam haben müssten und das ich Ihnen auch nicht abspreche, nicht dient.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich sage nicht, dass bei Portigon niemand wäre, der möglicherweise Probleme, die im Zusammenhang mit SAP aufkommen, lösen könnte oder der in Bereichen der Finanzverwaltung etwas Sinnvolles machen könnte. Wir wissen aber doch gemeinsam – das wissen Sie so gut wie ich –, dass wir bei Portigon nicht Landesbedienstete haben, die wir irgendwohin versetzen können, sondern dass hier Eigentümer einer Aktiengesellschaft im Finanzdienstleistungsbereich mit dem dort üblichen Gehaltsgefüge sind, wo auch rechtliche Bindungen bestehen. Das ist zwar schwer zu erklären, aber das ist genau der Punkt, an dem wir uns nicht auseinanderdividieren lassen dürfen. Wir sagen den Menschen, dass wir keine Steuergelder verschwenden, wenn wir nicht in der Lage sind, Recht zu brechen, um Menschen irgendwohin zu zwingen. Dieses Problem müssen wir überbrücken. Das versuchen wir doch, indem wir mit dem Vorstand von Portigon darüber reden, indem wir danach schauen, wo diese Einsatzmöglichkeiten sind.

Ich habe mich auch an die Beschäftigten gewandt und ihnen deutlich gemacht, welche Erwartungen ich als Vertreter des Eigentümers habe, der viel Geld in eine solche Gesellschaft packt.

Vizepräsident Oliver Keymis: 90 Sekunden sind schon lange herum, Herr Minister.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Gut. – Wenn ich Geschichten darüber höre, dass es den einen oder anderen gibt, der sagt: Es ist doch wun-

derbar, wie ich finanziell ausgestattet bin, ich muss mich um nichts bemühen. – Das ist nicht etwas, was bei mir auf Zustimmung stößt. Ich sehe bloß nicht die Lösung in einem LPEM. Diese Möglichkeit hätten wir da nicht.

Deswegen biete ich an, dass wir an den richtigen Stellen und in der richtigen Tonlage zusammen nach Lösungen suchen. Das tun wir an vielen Stellen. Dafür eignen sich aber nicht die Auseinandersetzungen, wie sie zum Teil hier geführt werden. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister. – Wir sind damit am Ende der Beratung zu diesem Thema.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrages Drucksache 16/2625 in den Haushalts- und Finanzausschuss**. Wer stimmt dem zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit haben wir diesen Antrag einstimmig überwiesen.

Ich rufe auf

10 Ausbaustrecke Münster–Lünen: Ergebnisse des Bahngipfels vom 31. März 2010 müssen umgesetzt werden

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/3230

Den Antrag begründet für die CDU-Fraktion Herr Kollege Schemmer.

Bernhard Schemmer (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In diesen Tagen ist wieder einiges über die angeblichen Realisierungsabsichten beim RRX zu lesen. Die wichtigste rot-grüne Entscheidung, die ich bei dabei sehe – ich denke, die ist wirklich wichtig –, besteht darin, dass die Fahrzeuge eine rote Farbe bekommen sollen.

Über diesen wichtigen Teilaspekt hinaus gibt es wohl einige andere wesentlich wichtigere Themen. Dazu gehört in dem Gesamtkontext auch der zweigleisige Ausbau der Strecke Münster–Lünen. Über die Bedeutung dieser Maßnahme muss man nicht viel sagen. Darüber besteht, soweit sich nicht wieder einmal etwas geändert hat, Einvernehmen zwischen den politischen Kräften in diesem Hause. Ich denke, für jeden ist klar, dass die zweigleisige Eröffnung der 45 kilometerlangen Strecke erforderlich ist, damit die dort entstehenden Mehrverkehre durch den RRX bewältigt werden können und um Vorteile für den Fernverkehr und für den Güterverkehr zu schaffen.